

Schilder, Elisabeth



*geb. 8. September 1904 in Wien, gest. 18. Februar 1983 in Wien,
Sozialjuristin, Sozialwissenschaftlerin, Dr. iur., Dr. rer. pol.*

Elisabeth Schilder kam am 8. September 1904 in Wien zur Welt. Ihre Mutter war in der Frauenbewegung engagiert. Schilder besuchte die öffentliche Volksschule im dritten Wiener Bezirk und wechselte im Anschluss an das Mädchenrealgymnasium in der Albertgasse. Eine gute Schülerin war sie nie, aber es stand von Anfang an fest, dass sie genauso wie die älteren Cousinen die Universität besuchen würde. Mit zehn Jahren hatte sie beschlossen, ihre politischen Interessen durch ein Studium der Geschichte zu ergänzen. 1919 schloss sich Schilder den Sozialistischen Mittelschülern an.

Da für sie als Jüdin und Frau der Lehrberuf nicht infrage kam und umso weniger eine akademische Karriere, entschied sie sich zunächst für ein Studium der Volkswirtschaft. Da die Nationalökonomie ebenfalls schlechte Berufsaussichten bot, wählte sie das Jurastudium, studierte parallel aber auch Wirtschaft. Ab dem dritten Semester war sie Mitglied der Sozialistischen Studenten. Nach dem juristischen Doktorat ging Schilder für ein Jahr zum Studium nach Berlin. Sie schrieb eine Dissertation über sozialistische Steuerpolitik und schloss damit ihr staatswissenschaftliches Studium ab. Zurückgekehrt, übernahm sie die Leitung der Frauenrechtsschutzstelle im Ottakringer Arbeiterheim. Als sei ein Doppelstudium nicht genug, absolvierte sie gleichzeitig auch das Studienprogramm der Akademie für Verwaltung, wie die Fürsorgehochschule in Österreich hieß. Ihr Traum war, in die Politik zu gehen oder Jugendrichterin zu werden. Nachdem das unmöglich war, wollte sie als Fürsorgejuristin im Jugendamt der Gemeinde Wien arbeiten. „Wenn nicht Weltrevolution, dann wenigstens Sozialarbeit“, schilderte sie ihre Entscheidung später in einem Fernsehinterview. Versuche der Gewerkschafterin Käthe Leichters, die Bemühungen Schilders zu unterstützen – sie wäre die erste Juristin im öffentlichen Dienst Wiens gewesen –, scheiterten an den Ereignissen des Jahres 1934.

Danach arbeitete Schilder hauptsächlich als Journalistin, vor allem zu wirtschaftspolitischen und Frauenfragen. 1934 gehörte sie zum Kern der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) und war Mitglied der Roten Front. In diesen Jahren edierte sie – immer unter der Gefahr der Verhaftung – gemeinsam mit Paul Kohn die monatlich erscheinende „Weltwirtschaftliche Rundschau“.

Kurz nach dem Abdanken Kurt Schuschniggs emigrierte Schilder am Tag von Hitlers Einzug in Österreich, dem 14. März 1938, über die Schweiz nach Paris. Im Juni 1940 floh sie gemeinsam mit der Mutter und anderen Parteigenoss*innen nach

Südfrankreich, sie wollten weiter nach Spanien. Bevor sie die Grenze überqueren konnten, wurden Schilder und ihr Lebensgefährte von der französischen Polizei verhaftet. Während sie in das Lager Gurs gebracht wurde, wies man ihn in ein Auswanderungslager ein. Bevor die Auswanderungsgenehmigung für das Paar ausgestellt werden konnte, lieferte die Vichy-Regierung Schilders Lebensgefährten im Sommer 1941 an die Deutschen aus, er wurde nach Auschwitz deportiert. Elisabeth Schilder wurde aus Gurs entlassen und blieb während des Krieges gemeinsam mit ihrer Mutter im Süden Frankreichs. 1944 erhielt sie eine Arbeitserlaubnis und arbeitete zuerst in Toulouse und dann in Paris als Sozialarbeiterin.

Im Sommer 1946 kehrte Schilder mit ihrer Mutter und dem 17-jährigen KZ-Überlebenden Heinrich Sokoler, der seine Eltern im Holocaust verloren hatte und um den sie sich jetzt kümmerte, nach Österreich zurück. Sie wollte – wie schon vor dem Krieg – in das Jugendamt. Im Oktober 1946 erhielt sie dort eine Stelle. Ihre Arbeit war in den folgenden Jahren von dem Bemühen geprägt, tiefenpsychologische Betrachtungen in die praktische Sozialarbeit und in die juristische Arbeit miteinzubeziehen. Als sie sich beruflich konsolidiert hatte, adoptierte Schilder in den 1950er Jahren zwei Mädchen. Nach einem Studienaufenthalt in den USA gründete sie nach dem Vorbild der amerikanischen Child-Guidance-Kliniken Erziehungsberatungsstellen, in denen verhaltensauffällige Kinder in Zusammenarbeit mit den Eltern behandelt wurden. Schilder hatte sich inzwischen auf dem Gebiet des Familienrechts ein solches Renommee erworben, dass sie 1948 aufgefordert wurde, gemeinsam mit einer anderen sozialistischen Juristin an einem Neuentwurf des Familienrechts mitzuarbeiten. Später wechselte sie aus dem Jugendamt in die Zentralstelle für Vermögensangelegenheiten und Forderungen gegen Alliierte Besatzungsmächte, Bevölkerungswesen. Von 1962 bis zu ihrer Pensionierung 1965, als sie den Titel „Senatsrat“ erhielt, leitete sie das Bezirksamt Wien III.

Später arbeitete Schilder an einem Projekt, das sie auf Jahrzehnte begleiten sollte. Ein Mitarbeiter der Erziehungsberatungsstelle, der spätere Professor Sepp Schindler, bat sie, ehrenamtlich in seiner 1957 ins Leben gerufenen Arbeitsgemeinschaft für Bewährungshilfe mitzuwirken. Schilder regte als Vertreterin des Jugendamts bei Gericht an, die Betreuung straffälliger Jugendlicher diesem Verein zu überlassen. Damit löste man die Jugendlichen aus der im Gesetz verankerten Einrichtung der Schutzaufsicht und übergab sie einer Institution, die sich den Regeln der modernen Bewährungshilfe verpflichtet fühlte. 1961 wurde das neue Jugendgerichtsgesetz verabschiedet. Schilder hatte wesentlichen Einfluss auf die Bestimmungen, die mit der Einführung der Bewährungshilfe zu tun hatten. Weil man sich aus politischen Gründen nicht über die Form der Institutionalisierung der Bewährungshilfe einigen konnte, gründete man nach dem Vorbild des Instituts der Erziehungshilfe den Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit (VBSA). Gerade in den letzten Jahren ihrer Tätigkeit am Jugendamt widmete sich Schilder der Bewährungshilfe.

Nach ihrer vorzeitigen Pensionierung im Sommer 1965 arbeitete sie als Geschäftsführerin für den Verein für Bewährungshilfe und Soziale Jugendarbeit. 1980 wurde auch der Verein für Sachwalterschaft gegründet. Schilder trug in ihrem jahrelangen

Bemühen um die Bewährungshilfe in sozialpolitischer und juristischer Arbeit zu deren Verankerung in der Rechtspraxis Österreichs bei. Sie galt auch sonst als Pionierin der Sozialarbeit in Österreich und hatte als Vertraute von Christian Broda großen Einfluss auf die Familien- und Strafrechtsreform sowie die Novellierung des Jugendhilfegesetzes.

Sie starb am 18. Februar 1983 in Wien.

Werke (Auswahl): eine ausführliche Bibliografie findet sich bei Früh, Eckart: Veröffentlichungen von E. Schilder, in: Keller, Heinrich et al. (Hg.): Sozialarbeit und soziale Demokratie. Festschrift für Elisabeth Schilder, Wien und München 1979, S. 229–246; Die studierende Frau, in: Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien (Hg.): Handbuch der Frauenarbeit in Österreich, Wien 1930, S. 313–322; Reiner, Ella und Schilder, Elisabeth: Was muß jede Frau vom Recht wissen? Ein Ratgeber für die proletarische Frau, Wien 1933; Sozialistische Steuerpolitik, Diss. Wien 1934; Bewährungshilfe: neue Wege der Rehabilitation junger Rechtsbrecher, Wien 1966; Die Bewährungshilfe. Bewährungshilfegesetz idF der Bewährungshilfe-Novelle 1980 samt Auszügen aus den einschlägigen Gesetzen und ausführlichen, praxisnahen Erläuterungen, Wien 1982.

Literatur (Auswahl): Brandstaller, Trautl: Sozialpolitik als Gesellschaftsform. Ein Gespräch mit Elisabeth Schilder, in: Keller, Heinrich et al. (Hg.): Sozialarbeit und soziale Demokratie. Festschrift für Elisabeth Schilder, Wien und München 1979, S. 209–228; Hauch, Gabriella und Fallend, Karl: „Aus der Sintflut einige Tauben“. Leben und Werk von Elisabeth Schilder. Zur Geschichte der Sozialarbeit und Sozialarbeitsforschung, Wien 2019; Korotin, Ilse (Hg.): biografiA. Lexikon österreichischer Frauen. Bd. 3: P–Z, Wien 2016, S. 2880–2881; Wolfgruber, Elisabeth: Schilder, Elisabeth, in: Keintzel, Brigitta und Korotin, Ilse (Hg.): Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich, Wien 2002, S. 646–649; Zettelbauer, Heidrun et al.: Sichtbare Frauen – unsichtbare Vergangenheiten. Zur Problematik von Straßen(um)benennungen im Kontext von österreichischen Wissenschaftspionierinnen, Wien 2021.

Quellen: Wienbibliothek im Rathaus/Tagblattarchiv: Personenmappe Elisabeth Schilder, TP-047151.